

**fenster
dörig**
Ihr Fensterspezialist für
Neu- und Umbauten
50 Jahre
Holz-Metall-Fenster
Kunststoff-Fenster
Fenster Dörig AG, 9050 Appenzell
Tel. 071 787 87 80, Fax 071 787 18 72

APPENZELLER VOLKSFREUND

appenzeller
Versicherungen
Eggerstandenstrasse 2a · Appenzell
Tel. 071 788 08 90 · www.appvers.ch

Die Versicherung,
die Ihren
Kunden gehört.

OBeregger Anzeiger

Innerrhoder Zeitung / Amtliches Publikationsorgan



Inhalt

Seite 3

Ruedi Freund

Heute Donnerstag geht Ruedi Freund zum letzten Mal bei der Feuer- schaugemeinde in Appenzell zur Arbeit wie bisher. 44 Jahre war er dort Monteur, Feuerschauer, Chefmechaniker und auch Eichmeister – zum Teil alles gleichzeitig.

Seite 13

SBB mit Rekord

Die SBB haben noch nie so viele Fahrgäste befördert, wie im vergangenen Jahr. Täglich drängten sich 951 000 Menschen in den Zügen. Dazu kamen Tag für Tag 200 000 Tonnen Güter.

Seite 15

«Appezöller Buur»

Der Bundesrat will mit der AP 2014-17 die gesteckten Ziele besser erreichen können. Kaum hat die Vernehmlassungsphase begonnen, setzt von bäuerlicher Seite Kritik ein. Der Bauernverband droht mit Rückweisung.

Seite 17

Terror in Irak

Beim schwersten Angriff im Irak seit Jahresbeginn sind am Dienstag mindestens 65 Menschen getötet worden. Ein mit Sprengstoffwesten bewaffnetes Kommando stürmte in der Stadt Tikrit ein Verwaltungsgebäude.

Freundschaftsbesuch in Appenzell

Der amerikanische Botschafter Donald S. Beyer besucht alle Schweizer Kantone

Am Mittwoch besuchte der amerikanische Botschafter Donald S. Beyer die Innerrhoder Kantonsregierung. Bei seinen Besuchen in allen Schweizer Kantonen will der Diplomat vor allem die Menschen kennenlernen.

(mo) US-Botschafter Donald S. Beyer jr., in seiner Freizeit ein begeisterter Wanderer und Skifahrer, schwärmte von der schönen Appenzeller Landschaft. Er lobte die hohe Lebensqualität der Schweiz und die freundlichen Menschen. Bei seinen Besuchen in allen Kantonen, die er seit dem Amtsantritt im August 2009 unternimmt, möchte er vor allem Menschen begegnen und viel lernen. Der Auftrag des amerikanischen Präsidenten Barack Obama an seine Botschafter lautet, «hören, lernen und führen», erklärte er im Gespräch in der Appenzeller Landeskanzlei.

Im Treffen mit Landammann Carlo Schmid-Sutter, Bauherr Stefan Sutter und Ratschreiber Markus Dörig habe er viel gelernt über die komplexen Strukturen des kleinen Kantons, über die Art der Führung und über die Traditionen. Er werde gern einmal an der Landsgemeinde dabei sein, und er hoffe, dass Präsident Obama die Schweiz



Die Innerrhoder Regierung, vertreten durch Landammann Carlo Schmid (re.), Bauherr Stefan Sutter und Ratschreiber Markus Dörig (li.), empfing den amerikanischen Botschafter Donald S. Beyer (2.v.re) in Appenzell. (Bild: Monica Dörig)

einmal offiziell besuche. Noch nie hat ein amerikanisches Staatsoberhaupt – abgesehen von Auftritten am UNO-Sitz in Genf oder am WEF in Davos – die Schweiz beehrt. Gesprächsthema mit den Innerrhoder Regierungsräten war unter anderem die Verkehrsanbindung an die internationalen Drehscheiben wie Zürich, Genf, München. Botschafter Beyer betonte, wie wichtig es sei, dass der

Fokus der Interessen nicht allein auf die grossen Agglomerationen oder prestigeträchtigen Destinationen wie St. Moritz oder Verbier gelenkt werde, sondern dass Randgebiete wie die Ostschweiz nicht vergessen werden dürfen. Carlo Schmid-Sutter schätzte es sehr, dass ein Botschafter sich die Zeit nimmt, alle Kantone kennenzulernen. Das sei ein Beweis für echtes Interesse an Land und Leuten. «Dieser Be-

such ist uns eine Freude und eine Ehre». Innerrhoden spielt eine winzige Rolle in der Beziehung zwischen der Schweiz und den USA. Im Kantonsgebiet leben acht bis zehn US-Bürger, zum Teil Austauschstudenten, wusste Schmid. Die Beziehung zwischen den beiden Staaten seien in den Neunzigerjahren zwar etwas belastet gewesen, dies habe sich aber wieder zum Besseren gewendet.

Botschafter Beyer betonte, dass die Schweiz ein sehr wichtiger Handelspartner für die USA ist: «Wir sind gut Freunde, vor allem in der Wirtschaft.» US-Investoren haben mehr Geld in Schweizer Unternehmen als in Firmen in Asien. Die Schweiz hat ebenfalls viel Geld in den USA investiert und hunderttausende Arbeitsplätze dort geschaffen. «Wir brauchen die Schweiz», ist Donald S. Beyer überzeugt.

In Kürze

Bio: Der Schweizer Biolandbau vermeldet eine positive Trendwende: Erstmals seit 2004 gab es bei Bio Suisse letztes Jahr mehr Neuanmeldungen als Aussteiger. Insgesamt 5521 Betriebe arbeiteten nach den Richtlinien der Vereinigung. Rechnet man die 400 Betriebe hinzu, die nach der Bioverordnung des Bundes arbeiten, beträgt der Bio-Anteil bei den Schweizer Landwirtschaftsbetrieben zurzeit rund elf Prozent.

Wilders: Der niederländische Islamgegner Geert Wilders muss sich doch in einem regulären Prozess wegen der mutmasslichen Aufstachelung zum Hass gegen Muslime verantworten. Das Bezirksgericht in Amsterdam wies am Mittwoch den Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens zurück. Die Richter widersprachen dem Anwalt von Wilders in fast allen Punkten.

Libya TV: Die libysche Opposition hat in der katarischen Hauptstadt Doha einen eigenen Fernsehsender eingerichtet und will so über den Konflikt im eigenen Land berichten. Libya TV arbeitet nach Angaben seiner Initiatoren eng mit dem oppositionellen Nationalen Übergangsrat in Libyen zusammen. Libya TV solle in Kürze auf Sendung gehen.

Rückzug: Die Truppen des libyschen Machthabers Muammar al Gaddafi haben den Ölhafen Ras Lanuf wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Die Rebellen gaben am Mittwochvormittag ihre Stellungen auf und flohen Richtung Osten, wie Journalisten der Nachrichtenagentur AFP berichteten.

Syrische Regierung geschlossen zurückgetreten

Unter dem Druck der seit zwei Wochen andauernden Proteste ist Syriens Regierung zurückgetreten. Staatschef Baschar al-Assad habe den Rücktritt des Kabinetts von Ministerpräsident Nadschi Otri angenommen und ihn gebeten, die Geschäfte Übergangsweise zu führen.

(sda/afp/dapd/Reuters) Dies berichtete die syrische Nachrichtenagentur Sana am Dienstag. Ein neues Kabinett soll nach Angaben des Staatsfernsehens bis zum Ende der Woche benannt werden. Es soll Reformen umsetzen. Otri hatte seine Regierung im Jahr 2003 gebildet und zuletzt im April 2009 umgeformt. Die nun angekündigte Regierungs-umbildung ist eine Reaktion auf die anhaltenden Proteste, bei denen nach Angaben der Opposition bisher landesweit 130 Menschen getötet wurden.

Das Zentrum der Proteste war bisher die Stadt Daraa im äussersten Süden des Landes, wo sich auch am Dienstag wieder Regierungskritiker versammel-

ten. In der Küstenstadt Latakia am Mittelmeer verboten die Behörden aus Sicherheitsgründen jegliche Kundgebungen.

Pro-Assad-Kundgebungen

In der Hauptstadt Damaskus versammelten sich zehntausende Anhänger Assads, um ihre Unterstützung für den Präsidenten auszudrücken. «Gott, Syrien, Baschar, das ist alles» und «Einig, einig, einig, das syrische Volk ist einig», riefen sie auf dem Platz vor der Zentralbank, an deren Fassade ein riesiges Plakat des Staatschefs hing.

Ebenso in den nördlichen Provinzen Aleppo und Hasake und in den Städten Hama und Homs gingen zahlreiche Demonstrationen auf die Strassen.

Unter dem Druck der Proteste hatte die syrische Führung am Sonntag die Aufhebung des seit 48 Jahren geltenden Notstandsgesetzes (Ausnahmestand) beschlossen. Die Abschaffung des Gesetzes, das die meisten Bürgerrechte ausser Kraft setzt, gehörte seit langem zu den Forderungen der Opposition. Seite 17

Schere öffnet sich zwischen Arm und Reich

Die Schere zwischen den ärmsten Ländern der Erde und den übrigen Staaten ist einem UNO-Bericht zufolge in den vergangenen Jahrzehnten grösser geworden.

(sda/Reuters) Die Menschen in den ärmsten Ländern haben demnach immer weniger. Das Pro-Kopf-Einkommen in den armen Staaten lag vor vierzig Jahren bei 18 Prozent des Weltdurchschnitts. Diese Zahl sank bis 2008 auf 15 Prozent, wie aus der am Dienstag in New York veröffentlichten UNO-Studie hervorgeht.

Die UNO stuft 48 Länder als am niedrigsten entwickelt ein. Zwei Drittel von ihnen befinden sich in Afrika. Grund für die Lage seien schlechte Bildung, Gesundheit, Ernährung und Infrastruktur sowie die Abhängigkeit von der Landwirtschaft und eine gering entwickelte Exportwirtschaft.

Bundesrat vertagt neues Polizeiaufgabengesetz

Die Polizeiaufgaben des Bundes werden vorläufig nicht neu geregelt: Der Bundesrat schiebt ein neues Gesetz auf die lange Bank. Nach Kritik in der Vernehmlassung will er zunächst grundsätzlich klären, wer welche Kompetenzen haben soll.

(sda) Ziel des neuen Gesetzes über die polizeilichen Aufgaben des Bundes ist es, die Regeln in einem einzigen Gesetz zu bündeln und Lücken zu schliessen. Dagegen hatte in der Vernehmlassung zwar niemand etwas einzuwenden. Die Details stiessen jedoch auf Kritik.

Die Parteien hätten den Entwurf mehrheitlich skeptisch bis ablehnend beurteilt, schreibt das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in einer Mitteilung vom Mittwoch. Die meisten Kantone unterstützten zwar das Vorhaben, hätten aber wesentliche Änderungen gewünscht. Kritik kam insbesondere von linker Seite sowie von Datenschutz- und Grundrecht-Organisationen.

Sie bemängeln, das Gesetz gebe den Akteuren zu grossen Ermessensspielraum. Grundrechtsverletzungen wären nicht zu vermeiden. Die Kritiker stören sich besonders daran, dass bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens ohne Strafverfolgung oder Tatverdacht Daten über Personen gesammelt werden dürften. Umstritten sind auch die Voraussetzungen für den Einsatz privater Sicherheitsunternehmen.

Entscheide nächstes Jahr

Bevor der Bundesrat nun über das weitere Vorgehen entscheidet, will er die Kompetenzen von Bund und Kantonen im Bereich der inneren Sicherheit klären und prüfen, ob diese den heutigen und künftigen Herausforderungen gerecht werden. Der Bericht dazu sei nicht vor Ende 2011 zu erwarten, schreibt das EJPD. Gestützt auf die Ergebnisse könne der Bundesrat dann beurteilen, ob und inwieweit er den Änderungswünschen Rechnung tragen wolle. Den Bericht verlangt hatte das Parlament.